



Ausschuss für Frauenpolitik

NEUDRUCK

48. Sitzung (öffentlich)

17. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Hinweis für das Protokoll: Die Einladung zur Sitzung wurde mit der Nummer E 14/1632 verteilt, aus organisatorischen Gründen aber unter der Nummer E 14/1634 archiviert.

1 Werbung für HPV-Impfung in Schulen sofort stoppen und informierte Entscheidung ermöglichen

5

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6331
Ausschussprotokoll 14/832

In Verbindung mit:

HPV-Impfung: Rechte von Mädchen und Eltern auf eine informierte Entscheidung stärken!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9424

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** erzielt Einvernehmen, über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6331** nicht abzustimmen, da die antragstellende Fraktion ihn für erledigt ansieht.

Sodann **lehnt** der **Ausschuss für Frauenpolitik** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/9424** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **ab**.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Einzelplan 15
Vorlage 14/2809

Der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, führt in den Einzelplan 15 ein - vgl. Vorlage 14/2823.

3 AIDS-Politik gestalten – Konzept zur Prävention weiterentwickeln

11

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7064

Ausschussprotokoll 14/814

Der Ausschuss für Frauenpolitik lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/7064** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

4 Zeichen setzen gegen Schlankeitswahn und extremes Übergewicht 13

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9258

- Kontroverse Diskussion.

5 Geschlechtergerechte Drogen- und Suchtpolitik in NRW voranbringen! 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7836

Ausschussprotokoll 14/858

Der **Ausschuss für Frauenpolitik lehnt** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/7836** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

6 Vergütung von operativen Schwangerschaftsabbrüchen durch das Land NRW nach SFHÄndG 21

Vorlage 14/2808

- Kurze Aussprache.

7 Bericht über das Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz 22

Vorlage 14/2814

Der Ausschuss für Frauenpolitik diskutiert über verschiedene Fragestellungen.

8 Verschiedenes 29

- Siehe Diskussionsteil.

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Einzelplan 15
Vorlage 14/2809

Vorsitzende Elke Rühl merkt an, die Aussprache werde in der nächsten Sitzung am 29. Oktober durchgeführt, zu der auch Vertreterinnen und Vertreter der anderen Ministerien eingeladen würden, soweit deren Einzelpläne frauenpolitisch relevante Positionen umfassten. Sie bitte, die Fragen zum Haushalt bis zum 29.09. schriftlich einzureichen, damit das Ministerium bis zum 26.10. in schriftlicher Form antworten könne.

Der **Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet**, führt in den Einzelplan 15 ein – vgl. Vorlage 14/2823.

Ursula Doppmeier (CDU) bittet darum, dass die Antworten auf die schriftlich einzureichenden Fragen bis etwa Mitte Oktober vorlägen. Dann könne man darüber diskutieren.

Gerda Kieninger (SPD) meint, die Frist bis zur Abgabe der Fragen sollte etwas hinausgeschoben werden, da die Sitzung erst am 29. Oktober stattfinden werde.

Im Übrigen weise sie darauf hin, dass die Frauen nicht das Frauenwahlrecht erhalten hätten, sondern sie hätten es sich erkämpft.

Insbesondere beim Grundgesetz hätten die Frauen ihre Rechte erkämpft, erwidert **Minister Armin Laschet**. Formal hätten sie das Wahlrecht am Ende durch den Verfassungsgesetzgeber erhalten. Ein Gremium, eine Reichsverfassung habe das Frauenwahlrecht beschlossen. Das sei sicher kein gutsherrlicher Akt zuliebe der Frauen gewesen, sondern das Ergebnis eines harten Kampfes.

Barbara Steffens (GRÜNE) findet es merkwürdig, dass man über den Bericht, der von der Landesregierung gegeben worden sei, nicht diskutieren solle. In der nächsten Sitzung finde schon die Detailberatung statt, danach die Beschlussfassung. In der ersten Sitzung habe es immer die Möglichkeit gegeben, Anmerkungen und Nachfragen zu machen. Fragen müssten doch möglich sein. Wenn das so von Seiten der Ausschussvorsitzenden gesehen werde, werde sie die Fragen zur Schwangerschaftskonfliktberatung, bei der sie erheblichen Klärungsbedarf habe, unter dem anderen Tagesordnungspunkt diskutieren. Diese Fragen müssten geklärt werden.

Vorsitzende Elke Rühl erwidert, das Verfahren sei nicht ungewöhnlich. Die Diskussion erfolge immer zum späteren Zeitpunkt. Man hätte im Obleutegespräch darauf hinweisen müssen, dass eine Diskussion gewünscht sei. Sie frage den Ausschuss, ob heute schon eine Diskussion geführt werden solle. – Der **Ausschuss** beschließt mit Mehrheit, dass Fragen zugelassen werden.

Barbara Steffens (GRÜNE) kommt auf Kapitel 15 055 Titelgruppe 61 – Schwangerschaftsberatung – zu sprechen. Diese Titelgruppe sei herabgesetzt worden. Die Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatung werde anders vollzogen. Es kämen viele Hilferufe. Die multiprofessionellen Teams, die Stärke in NRW, seien so nicht mehr möglich. Sie frage, wie die Kürzung zustande komme, wie viele multifunktionelle Teams in der Vergangenheit finanziert worden seien. Es gebe Minderausgaben. Das sei aus den Erläuterungen nicht ersichtlich.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) ist davon ausgegangen, dass zum Bericht des Ministers Fragen gestellt würden. Frau Steffens stelle Detailfragen. Es sei üblich, bei Einführungsberichten Verständnisfragen zu stellen, und zwar zum gerade abgelieferten Bericht und nicht zu weitergehenden Details. Dafür sollten die Fragen schriftlich eingereicht werden.

Gerda Kieninger (SPD) hält fest, es gehe um die Zahlen im Haushalt. Wenn 500.000 € weniger im Haushalt stünden, sei davon auszugehen, dass es demnächst weniger multiprofessionelle Teams in Nordrhein-Westfalen geben werde. Dazu habe man im Bericht des Ministers nichts gehört, zum KiBiz habe sie viel gehört.

Minister Armin Laschet gibt an, dieser Titel werde aus dem Kapitel Generationen und Familie bezahlt. Er habe KiBiz erwähnt, weil er das für wichtig halte. Zum Schwangerschaftskonfliktgesetz gebe es einen eigenen Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung. Im Übrigen sei dieser Ausschuss nicht zuständig. Das werde im entsprechenden Ausschuss vorgetragen. Dieser Ausschuss könne natürlich mitberaten.